

Podiumsdiskussion: Stärkung der Gesellschaft

Diskussionsbericht im Rahmen der 68. Bitburger Gespräche

Trier, 16. / 17. 01. 2025

Der zweite Tag der 68. Bitburger Gespräche wurde möglichen Lösungsansätzen zur Stärkung der verfassungsmäßigen Ordnung gewidmet. In einer Podiumsdiskussion diskutierten der Berater der Kommission für politische und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. *Thomas Arnold*, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dr. *Josef Schuster*, der Herausgeber des Tagesspiegels, *Lorenz Maroldt*, der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dr. *Stefan Wolf*, sowie die stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, *Simone Fleischmann*, als Vertreterin und Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen unter der Moderation von Professor Dr. *Kyrill-Alexander Schwarz*. Im Rahmen der Diskussion wurde erörtert, welche Probleme es in der Gesellschaft gibt und wie in geeigneter Weise damit umzugehen sei, um die Gesellschaft und dadurch auch den wehrhaften und streitbaren Verfassungsstaat zu fördern und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurückzugewinnen.

I. Der gesellschaftliche Zusammenhalt

Zu Beginn stellte *Arnold* die These auf, dass wir keine Krise der Demokratie, sondern eine Krise der Freiheit hätten. Dies zeige sich an der Fragmentierung der freien Gesellschaft. Gesellschaftliche Gruppen, die in der Vergangenheit eine bindende Rolle übernommen hätten, würden an Relevanz verlieren und lösten sich auf. Dies zeige sich beispielsweise in Sachsen daran, dass 70 % der Bevölkerung das Gefühl hätten, keinen Einfluss auf die Handlungen der Regierung zu haben.

Auch die Kirchen verlören an Relevanz. Nur 20 % der sächsischen Bevölkerung seien evangelisch oder katholisch und nur 13 % vertrauten der katholischen Kirche, aber 40 % dem Papst. Aufgrund dieses Relevanzverlustes müssten sich Kirchen durch Reformen dem Markt anpassen. *Arnold* drückte seine Hoffnung aus, dass die Kirchen in Zukunft die Rolle des Hoffnungsmachers einnehmen werden.

Wolf ergänzte, gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen, Vereine und Gewerkschaften führten unterschiedliche Menschen zusammen und lehrten so Toleranz und das Schließen von Kompromissen. Demnach gefährde eine Schwächung dieser Institutionen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt sei jedoch ein Kernstück zur Stärkung der Gesellschaft und als „das gemeinsame Agieren und die vertrauensvolle Kooperation aller im Staatswesen, ob institutionell eingebunden oder nicht und das Ganze natürlich auf der Grundlage demokratischer Werte und einer christlichen Ethik“ zu definieren.

* Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechtspolitik und fasst die Wortbeiträge aus Podium und Publikum zusammen. Bei den Fußnoten handelt es sich um Nachweise der Autorin.

Ebenso hätten Parteien die Aufgabe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Allerdings sei die Zahl der Mitglieder in den letzten Jahren gesunken und es sei schwerer, Nachwuchs anzuwerben. *Wolf* sieht in der Parteienzersplitterung infolge der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung die größte Herausforderung der Demokratie.

Auch *Fleischmann* blickte kritisch auf die Fragmentierung der Parteienlandschaft, die daraus resultiere, dass die Volksparteien nicht mehr an vergangene Erfolge anknüpfen könnten und die politischen Ränder in Zeiten der Verunsicherung an Zuspruch gewännen. Die Koalitionsbildung und das Finden von Kompromissen sei dadurch erschwert. Das Entwickeln einvernehmlicher Lösungen sei jedoch der Garant für politische Stabilität.

Bezüglich des Umgangs mit populistischen Parteien hielt *Arnold* eine Brandmauer, wie auch Professor Dr. *Michael Wolffsohn* am Vortag,¹ für nicht zielführend. Insbesondere warnte er davor, eine Brandmauer zum BSW zu errichten, auch wenn er ein anderes Welt- und Menschenbild als dieses habe. In Sachsen habe sich gezeigt, dass sich eine inhaltliche Auseinandersetzung lohne.

Wolf führte an, Parteiverbote seien keine Lösung, sondern würden die Polarisierung verstärken. Vielmehr bedürfe es einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Parteien. Außerdem müssten die demokratischen Parteien die Parteimitgliedschaften wieder ansprechender machen. Fridays for Future habe deutlich gemacht, dass junge Leute sich weiterhin politisch engagieren wollten, dies täten sie allerdings „an den politischen Rändern und eben nicht in der Mitte der Gesellschaft“, so *Wolf*.

II. Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik habe gelitten, denn sie hätten nicht das Gefühl, dass ihre Anliegen gehört würden, so *Fleischmann*. Die dbb-Bürgerbefragung ergebe jedes Jahr schwindendes Vertrauen in staatliche Institutionen. Außerdem zeige die Befragung, dass nur noch ein Viertel der Befragten glaube, der Staat könne seine Aufgaben erfüllen. Hingegen seien fast drei Viertel von seiner Handlungsunfähigkeit überzeugt. Durch den Vertrauensverlust nutzten Populisten und Demokratiefeinde die Ängste der Bürgerinnen und Bürger gezielt, indem sie für komplexe Fragen scheinbar einfache Lösungen präsentierten. *Arnold* ergänzte, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum zeige, dass beispielsweise die AfD bei „Verteilungskämpfen“ einen Ort zum Protest und eine inhaltliche Antwort gebe, auch wenn diese nicht gefalle. Es müsse in den Parteiprogrammen eine rote Linie und ein Ziel zu erkennen sein, für das die Bürgerinnen und Bürger zum Verzicht bereit seien.

Es sei nicht Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, Vertrauen in den Staat zu haben, so eine Ergänzung aus dem Auditorium. Sie dürften erwarten, dass staatliche Institutionen funktionieren sowie vernünftige und sachliche Arbeit leisten. Um die Gesellschaft und die Demokratie zu stärken, bedürfe es vernünftiger Lösungen für die tatsächlichen Probleme. Um die Probleme der Gesellschaft zu erkennen sowie zu benennen und Lösungen zu entwickeln, bedürfe es Sachlichkeit im politischen Diskurs sowie in der Arbeit der Medien und der staatlichen Institutionen.

Arnold unterstützte das Plädoyer für Sachlichkeit, führte allerdings an, dass auch Emotionen im Spiel sein dürften, wenn im Laufe einer Diskussion eine Sachebene erreicht werden könne. Um das Vertrauen zurückzugewinnen, bedürfe es eines Staats, der seine Aufgaben zuverlässig und ohne Willkür wahrnehme, ohne zu regelnd auf den privaten Bereich der Bürgerinnen und Bürger einzuwirken. Des Weiteren müsse Bürokratie abgebaut werden, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gelungen sei.

¹ *Wolffsohn*, Droht der Berliner Republik das Schicksal der Weimarer Republik?, S. 16 (18, 26), in diesem Band.

Maroldt ergänzte, es handle sich um eine Frage der Priorisierung. Parteien seien in der Regel keine ideologischen Parteien, sondern versuchten, möglichst viel von ihrem Profil umzusetzen. Es entstehe der Eindruck, Parteien priorisierten falsch, indem sie Themen verfolgten, die für den Großteil der Gesellschaft keine Relevanz hätten, z. B. die Legalisierung von Cannabis. Politiker müssten sich der tatsächlichen Probleme der Gesellschaft annehmen. Außerdem dürften Politiker nichts versprechen, was sie nicht halten könnten.

Vielen Leuten würde es reichen, wenn die „Banalitäten des Alltags“ funktionierten. Wäre dies der Fall, müssten Themen wie Migration, für die es keine leichten Lösungen gäbe, nicht mehr in dem aktuell gegebenen Umfang diskutiert werden, so *Maroldt*. Dazu wurde ergänzt, dass es klarer Zuordnungen der Verantwortungsbereiche der Institutionen bedürfe, damit es der Politik gelinge, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Auch *Fleischmann* vertrat die Meinung, dass die zentralen Aspekte der Daseinsvorsorge funktionieren müssten. Andernfalls wendeten sich die Bürgerinnen und Bürger schlimmstenfalls vom Staat ab. Der öffentliche Dienst sei „eine Art Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Er halte die demokratische Grundordnung aufrecht und setze sich dafür ein, die Gültigkeit von Recht und Ordnung zu bewahren sowie das Leben in Sicherheit zu ermöglichen.

Damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen könne, werde entsprechendes Personal benötigt, so *Fleischmann*. Allerdings würden die Bewerberzahlen im öffentlichen Dienst sinken, und etwa ein Drittel der Beschäftigten werde in den nächsten zehn Jahren in Ruhestand gehen. Die Zahl der Beschäftigten sei zwar gestiegen, allerdings seien auch zusätzliche Aufgaben geschaffen worden. Eine aktuelle Umfrage habe eine Personallücke von 570 000 Stellen hervorgebracht.

III. Die Schlüsselrolle der Bildung

Fleischmann führte weiter aus, dass der Personalmangel auch im Arbeitsalltag an Kitas und Schulen spürbar sei. Die zeitlich teilweise stark begrenzte Kinderbetreuung stelle Bürgerinnen und Bürger vor große Herausforderungen und gefährde ihr Vertrauen in die Institutionen. Auch für das Lehrpersonal sei es mit Schwierigkeiten verbunden, unter Umständen mehrere Klassen gleichzeitig zu betreuen, worunter auch die Bildung der Kinder leide. Erschwert werde die Arbeit außerdem dadurch, dass viele Schülerinnen und Schüler kein Wort Deutsch sprechen würden.

Bildung, insbesondere der politischen Bildung, der Rechtsstaatsbildung und der Vermittlung von Medienkompetenz, komme laut *Fleischmann* jedoch eine Schlüsselrolle zu, um die wehrhafte Demokratie zu stärken. Dafür müssten gegebenenfalls andere Inhalte hintenanstehen. Diese Aussage fand im Auditorium Widerspruch. Insbesondere die Grundbildung in Deutsch und Mathematik dürfe nicht vernachlässigt werden. *Fleischmann* stimmte zu, dass die Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen die Basis von Bildung seien. Allerdings dürfe sich Bildung nicht darauf beschränken, dass Kinder Inhalte auswendig lernten und dafür Bestnoten erhielten. Es benötige genügend Lehrpersonal, damit Basiskompetenzen nicht mit gesellschaftlichen und Medienkompetenzen abgewogen werden müssten. Auch *Schuster* erklärte, man könne in den Lehrplänen Raum für Demokratiebildung schaffen, ohne die Basisbildung zu vernachlässigen.

Aus dem Auditorium wurde die Frage aufgeworfen, wie man Herzensbildung und Anstand fördern könne, da der gestrige Vortrag *Wolffsohns*² die Notwendigkeit hierfür aufgezeigt habe. Darauf antwortete *Fleischmann*, dass Wissensbildung und Herzensbildung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften, sondern zwei Säulen seien. Wissen sei nicht gleich Kompetenz, sondern müsse präsentiert und reflektiert, folglich angewendet werden können. Hierfür müsse insbesondere die Medienkompetenz der Kinder gestärkt werden, damit diese lernten, erhaltene Informationen zu überprüfen. *Arnold* ergänzte, Herzensbildung bedürfe der Sensibilität, weshalb Kunst-, Musik- und

² *Wolffsohn*, Droht der Berliner Republik das Schicksal der Weimarer Republik?, S. 16 (18, 26), in diesem Band.

Religionsunterricht einen gleichwertigen Platz im Lehrplan erhalten sollten. Als Antwort auf die sinkende Religionszugehörigkeit sei Ethikunterricht, der lediglich verschiedene Religionen vergleiche, nicht die Lösung. Vielmehr schlug er einen Philosophieunterricht als Alternative vor.

IV. Ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt

Neben der Bildung sah *Wolf* die wirtschaftliche Lage als Stellschraube zur Stärkung der Gesellschaft an. In den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie sei der gesellschaftliche Konflikt trotz unterschiedlicher Prägungen, Hintergründe und Überzeugungen der Belegschaft weniger präsent als in der Gesamtgesellschaft. Dies resultiere daraus, dass sich die Belegschaft mit einer gemeinsamen Sache identifizieren könne, sei es das Unternehmensziel, ein einzigartiges Produkt oder das Gefühl, mit dem Unternehmen wachsen zu können. Außerdem ermöglichten die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen in der Metall- und Elektroindustrie einen guten Lebensstandard und belohnten gute Arbeit. Dies fördere den Zusammenhalt.

Das Vertrauen in die Stabilität und das Wohlstandsversprechen sei in der Gesamtgesellschaft jedoch unter anderem wegen der kriselnden Wirtschaft verloren gegangen. Deutschland sei aufgrund zu hoher Unternehmenssteuern, Sozialabgaben, Energiekosten und bürokratischer Anforderungen sowie schlechter Infrastruktur und Bildung als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden. Aus diesem Grund seien seit 2019 etwa 300 Milliarden Euro Investitionskapital aus Deutschland abgeflossen. Dies sei auch für die Gesellschaft erkennbar, insbesondere führe eine schlechte Auslastung der Betriebe zu Arbeitslosigkeit.

Wolf führte weiter aus, dass es eines gemeinsamen gesellschaftlichen Projektes bedürfe, um die Identifikation und den Zusammenhalt zu stärken. Dieses Projekt müsse sowohl eine wirtschaftliche als auch eine gesellschaftliche Komponente enthalten sowie zwingend nach vorne gerichtet und positiv sein. Die Menschen müssten wieder stolz sein können und Leistung solle anerkannt und in den Mittelpunkt gestellt werden. Als Zielmarke schlug er eine Vision 2030/2040 vor.

Im Rahmen der Vision 2030/2040 sollten wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um neue Produkte zu entwickeln, in Zukunftsprojekte zu investieren und in bestimmten Bereichen wieder Weltmarktführer zu werden. Deutschland setze einen zu großen Fokus auf Klimaschutz, was von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mitgetragen werde, vor allem wenn man berücksichtige, dass Deutschland nur 2 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verursache. Die Vision 2030/2040 könne indessen beinhalten, weltweit deutsche Produkte zu implementieren, die sowohl dem Klimaschutz diene als auch den deutschen Wohlstand erhielten. Deutschland habe genügend geeignete Personen, um diesen Plan zu verwirklichen.

Auf die Frage, wie er sich die Energiewirtschaft und -politik 2030 vorstelle, da die frühere deutsche Weltmeisterstellung auf den energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen beruhe, antwortete *Wolf*, man brauche eine völlig neue Energiepolitik. Kohlekraftwerke müssten auf Wasserstoff und Gas umgestellt werden. Außerdem müsse man sich überlegen, wieder Atomkraftwerke zu bauen, da diese CO₂-neutral seien. Dies würde die Energiepreise senken.

Arnold erläuterte zur Vision 2030/2040, man müsse ermitteln, was die Gesellschaft prägt und eint. Im öffentlichen Raum sowie durch die Medien müsse von unterschiedlichen Erfahrungen und Prägungen berichtet und dafür Verständnis geweckt werden. Beispielhaft nannte er die unterschiedlichen Erfahrungen von Ost- und Westdeutschen. Nur unter der Berücksichtigung dieser Erfahrungen könne eine Zukunftsvision gestaltet werden.

Insgesamt könne Ostdeutschland als Vorschau für die gesamte Republik gesehen werden, da viele Entwicklungen im Osten denen im Westen vorausgingen. Beispielsweise trete die Überalterung der Gesellschaft in Ostdeutschland früher als in anderen Gebieten Deutschlands auf. Aus den sich daraus ergebenden Dynamiken, wie Fachkräftemangel, könnten Lehren gezogen werden, genauso wie aus der niedrigeren Ehrenamtsquote in Ostdeutschland.

Außerdem meinte *Arnold*, er habe den Eindruck, ein Großteil der AfD-Wahlergebnisse in den östlichen Bundesländern resultiere daraus, dass sich die Ostdeutschen im Westen nicht gehört fühlten. Es reiche nicht aus, dass Journalisten sich nur im Rahmen einer Wahl mit Ostdeutschland beschäftigten.

Auf die Nachfrage *Maroldts*, was er mit „gehört werden“ meine, führte *Arnold* weiter aus, man müsse sensibel für andere Biografien sein. Für die Ostdeutschen sei das Wohlstandsversprechen beispielsweise nicht mit dem Demokratieversprechen verbunden, denn Demokratie bedeutete 1990 für die Ostdeutschen 20 % Arbeitslosigkeit, weshalb es kein „Urvertrauen in Demokratie“ gebe.

Es sei wichtig, von verschiedenen Erfahrungshorizonten zu berichten, um daraus zu entwickeln, wie das Land und die Gesellschaft gestaltet werden sollten und um Vertrauen zurückzugewinnen, so *Arnold*.

V. Änderungsbedarf im Journalismus

Maroldt sah Änderungsbedarf im Journalismus. Neben dem Anstoßen von Debatten habe der Journalismus die Aufgabe, staatliche Machtausübung zu kontrollieren und zu informieren. Demnach seien Medien essenziell für den demokratischen Verfassungsstaat, so *Maroldt*. Fehlentwicklungen des Journalismus spielten den Skeptikern und Gegnern einer demokratischen Gesellschaft in die Hände. Die nächste Legislaturperiode sehe er als letzte Möglichkeit, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Daher appellierte *Maroldt* an die eigene Berufsgruppe, indem er sechs Thesen formulierte.

Seine erste These lautete „Informiert Euch!“. Journalisten müssten ihre Informationen überprüfen und bei der Recherche ergebnisoffen sein, um oberflächliche Arbeit zu verhindern.

Vor zu schnellem Arbeiten warnte *Maroldt* in seiner zweiten These, die „Entschleunigt euch!“ lautete. Höchstgeschwindigkeit ermüde sowohl einen selbst als auch andere und lasse die Fehleranfälligkeit steigen.

Ein Journalist dürfe sich nicht von seinen eigenen Emotionen leiten lassen und dabei das Wesentliche übersehen. Daraus ergab sich die These „Entpört Euch!“.

In seiner vierten These „Enthaltet Euch!“ zeigte er auf, dass die Leserinnen und Leser sich nicht über Politik belehren lassen möchten, sondern ihre eigene Meinung bilden wollten. Beispielhaft nannte er die Berichterstattung nach dem Anschlag von Magdeburg, bei der viele Journalisten davon ausgingen, der Täter sei ein AfD-Anhänger und dies berichteten, obwohl es Hinweise gab, die daran zweifeln ließen. Ein solcher Haltungsjournalismus sei sehr schädlich.

Mit der These „Entblößt Euch!“ machte *Maroldt* deutlich, dass Transparenz im Journalismus wichtig sei. Für Leserinnen und Leser müsse es nachvollziehbar sein, wie die Ergebnisse zustande kämen, um das Vertrauen in den Journalismus zu stärken, auch wenn der Quellenschutz gewahrt werden müsse.

Seine letzte These lautete „Umarmt Euch!“. Es sei wichtig, sich auch mit unhöflichen und beleidigenden Nachrichten auseinanderzusetzen. Man dürfe Menschen nicht zu früh aufgeben und solle mit ihnen in einen inhaltlich klaren, aber freundlichen Austausch treten.

Arnold führte aus, er habe den Eindruck, dass Klickzahlen immer relevanter für den Arbeitsalltag von Journalisten seien. Er wäre beeindruckt, wenn die Thesen von *Maroldt* dabei helfen würden, sich von diesen Zahlen zu lösen. *Maroldt* erwiderte darauf, dass es nicht verwerflich sei, viele Menschen erreichen zu wollen. Es komme darauf an, womit man die Leute erreiche. Eine vom Spiegel veröffentlichte Liste zeige, dass unter den 50 Texten, die am meisten Abonnements generiert hatten, nur ein Politiktext sei. Dieses Phänomen sei auch beim Tagesspiegel zu beobachten, allerdings würden die Abonnenten für Politikthemen bleiben und diese lesen, auch wenn sie ihr Abonnement wegen seichter Themen abgeschlossen hätten. Demnach müsse die richtige Mischung

an Themen gefunden werden, um neue Abonnements zu generieren und die Menschen dann auch zu halten.

Wolf sorgte sich, dass Journalismus nicht die Breite der Gesellschaft abbilde. In einer Umfrage der öffentlich-rechtlichen Medien seien Volontäre im Alter zwischen 19 und 23 Jahren befragt worden. Ein Großteil habe angegeben, die Linken zu wählen, einer wähle FDP, keiner CDU und nur ein paar wählten SPD. Da Medien auf die Gesellschaft Einfluss nehmen könnten, hielt er dies für problematisch. Er glaube, die Thesen *Maroldts* seien ethische Grundsätze, die schwer in der Gesamtheit der Medien verankert werden könnten. *Maroldt* entgegnete, die Umfrage sei eine Momentaufnahme und er glaube daran, dass sich Menschen verändern könnten. Demnach sei er zuversichtlich, dass es möglich sei, seine Thesen zu implementieren.

Um eine wichtige Säule für die Demokratie zu sein, solle der Journalismus diese Thesen berücksichtigen. Allerdings brauche der Journalismus auch Unterstützung durch zahlende Leserinnen und Leser, so *Maroldt*. Es reiche nicht aus, sich über kostenlose Medien, Social Media oder kostenlose Portale zu informieren. Keine geeignete Möglichkeit, den Journalismus zu unterstützen, sei eine staatliche Zustellförderung, denn die staatliche Unterstützung von Medien sei das Einfallstor für Kritik an der Unabhängigkeit des Journalismus.

VI. Kampf gegen Antisemitismus

Die Podiumsdiskussion widmete sich auch dem Umgang mit Antisemitismus. *Schuster* wies darauf hin, dass bereits der ehemalige Bundespräsident *Joachim Gauck* vor der fehlgeleiteten Toleranz des Intoleranten als Gefahr für das demokratische Gemeinwesen und das Zusammenleben gewarnt habe, und auch er selbst der Ansicht sei, man dürfe nicht zu viel Verständnis für die Feinde einer offenen Gesellschaft zeigen.

Israelbezogener Antisemitismus müsse sowohl vor den Gerichten als auch in der Gesellschaft als solcher erkannt werden. Der Hamas-Terror und seine Verherrlichung hätten deutlich gemacht, dass es auch in Deutschland Kräfte gebe, die sowohl mit Juden als auch mit den Freiheiten einer liberalen Demokratie Probleme hätten. Als Beispiel nannte *Schuster* eine Hochschuldirektorin, die sich schützend vor Unibesetzer gestellt habe, die den Hamas-Terror verherrlicht und verbotene Symbole der Terrororganisation verwendet sowie zur Intifada aufgerufen hätten. Außerdem sei der Eindruck entstanden, dass insbesondere bei arabisch- und türkischstämmigen Jugendlichen Antisemitismus als erstrebenswert und fast schon als Aufnahme ritual angesehen werden würde. Im Umgang mit einem solchen Verhalten dürfe es keine Toleranz geben.

Die Strafbarkeitslücken in Bezug auf Antisemitismus müssten geschlossen werden, um ein Umdenken in der Gesellschaft zu bewirken und ein Signal gegen Antisemitismus zu senden. Der Aufruf zur Vernichtung eines Staates solle durch einen neuen § 103 StGB unter Strafe gestellt werden. Antisemitismus sei nichts anderes als Volksverhetzung. Die Gesetzgebung müsse im Kampf gegen Antisemitismus schnelllebig werden, um die Werte des Grundgesetzes zu verteidigen. Das Grundgesetz sei ein „Bollwerk gegen Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit“ und stelle die Würde des Menschen an oberste Stelle.

Auf die Frage, welche Möglichkeiten es außer dem Strafrecht gebe, um Antisemitismus entgegenzuwirken, antwortete *Schuster*, der Hauptansatzpunkt sei „Bildung, Bildung und nochmal Bildung“. Strafrecht habe eine abschreckende Wirkung, wünschenswert sei jedoch, dass das Strafrecht nicht gebraucht würde. Es müssten sich auch gesellschaftliche Normen verändern, damit sich die Gesellschaft gegen Diskriminierung, nicht nur gegen Antisemitismus, stelle. Aus dem Auditorium wurde ergänzt, damit Strafverschärfungen Erfolg hätten, müsse man die Strafverfolgungsbehörden mit entsprechenden Ressourcen und Befugnissen ausstatten, um die Täter ermitteln zu können. *Schuster* stimmte dem zu. Es müsse das bestehende Recht angewendet werden und es bedürfe schnellerer rechtskräftiger Urteile.

VII. Ausblick

Abschließend wurde der Begriff der Freiheit in den Blick genommen. Freiheit führe dazu, dass sich Unternehmen innovativ entwickeln könnten, so *Wolf*. Aktuell sei fast alles in den Unternehmen staatlich geregelt und es gebe zu viele bürokratische Vorschriften. *Arnold* ergänzte, die gesellschaftlichen Gruppen der Mitte sollten sich in diese Freiheit einbringen und Verantwortung übernehmen. Außerdem müsse die Gesellschaft lernen, sich in demokratischen Prozessen zu vergeben und zu versöhnen.

Wolf führte außerdem an, dass sich gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht vom Staat erzwingen lasse. Es bedürfe des Konsenses der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für einen wehrhaften und streitbaren Verfassungsstaat. Wenn jeder Einzelne daran arbeite, ein gemeinsames Ziel zu gestalten und dieses zu fördern, dann gelinge der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Stärkung unserer Demokratie und Verfassung.